



Reden

26.03.2015

Thema: Gesetzentwurf der Fraktion SPD - zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung (Einführung von Karenzzeitregelungen)

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon interessant zu sehen, wie sich die Große Koalition hier kabbelt. Aber, Frau Guttenberger, wenn Sie sehen wollen, was die Bundesregierung vorhat, dann brauchen Sie nur Drucksache 52/15 des Deutschen Bundesrates ansehen. Dort steht das Gesetz nämlich 1 : 1 drin. Ein Unterschied zum Gesetzentwurf, den die SPD-Fraktion hier eingereicht hat, besteht darin, dass es auf Bundesebene Bundesregierung und hier Staatsregierung heißt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Genau!)

Das Gesetz, das sich auf den Bund bezieht und dort beschlossen wird, betrifft nur die Mitglieder der Bundesregierung. Wir brauchen ein Gesetz, das sich auf die bayerischen Verhältnisse bezieht. Ich halte den Vorstoß, den die SPD-Fraktion hier unternimmt, für gut. Man hätte ihn vorher vielleicht interfraktionell besprechen können. Dann hätte man eventuell Mitstreiter finden können; denn es geht schon um die Glaubwürdigkeit der Politik und vor allem um die Glaubwürdigkeit der Politiker. Wenn Minister oder Staatssekretäre, die in ihrem Amt gute Arbeit machen, anschließend in Wirtschaftsunternehmen, Privatunternehmen wechseln, die in einem näheren Zusammenhang mit ihrer vorherigen Tätigkeit stehen, dann untergräbt dies die Glaubwürdigkeit von Politikerpersönlichkeiten, die Glaubwürdigkeit dessen, was sie getan haben, und die Glaubwürdigkeit der Politik generell. Das wäre genauso, wie wenn zum Beispiel ein Bundesverkehrsminister eine Maut einführt und danach zu Toll Collect wechselt. Das wäre ein Skandal. Hoffentlich ist es nicht so. Meine Damen und Herren, an diesem Gesetz kritisiere ich, dass man sagt, eine Karenzzeit bis zu 18 Monaten ist gut. Wenn man jedoch zu Gazprom wechselt, kann man vielleicht diese 18 Monate aussitzen und dann dorthin wechseln. Das andere ist, dass die Staatsregierung selbst entscheidet, ob ausscheidende Mitglieder unter die Karenzzeit fallen, und ein Gremium von drei Personen einen Vorschlag macht. Ich denke, man sollte hier vielleicht eine unabhängige Kommission bilden,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

die zum Beispiel am Landtag angehängt ist, der dies dann bewertet. Ansonsten würde man möglicherweise den Bock zum Gärtner machen. Die Staatsregierung und ihre Mitglieder sollen also selbst entscheiden, was in Bayern zwar in der Regel, aber nicht unbedingt naturgemäß immer die CSU sein muss, aber höchstwahrscheinlich ist. Von daher halte ich das für ein Einfallstor und für ein Anzeichen einer gewissen Blindheit. Wir müssen darauf achten, dass wir nicht ein Parlament mit ausschließlich Beamten werden, sondern ein Parlament der Bürgerinnen und Bürger bleiben. Wenn wir über Karenzzeiten sprechen, müssen wir uns auch



**BAYERISCHER LANDTAG
ABGEORDNETER
Florian Streibl**

darüber unterhalten und nachdenken, wie wir den Weg in die Politik und auch den Weg aus der Politik heraus erleichtern; denn es sollte nicht die Lebensaufgabe von Menschen sein, im Parlament zu sitzen, sondern ein Mandat sollte eine Vertretung des Volkes auf Zeit sein. Das sollte uns auch bewusst sein. Deswegen sollten möglichst viele Bürgerinnen und Bürger, ein breites Spektrum aus dem Volk, hier vertreten sein. Auch die Möglichkeit der Resozialisierung in ein bürgerliches Leben sollte letztlich bestehen. Dazu gehört die freie Berufswahl. Von daher darf es nicht zu einem generellen Berufsverbot kommen, sondern man muss sehr genau hinschauen und untersuchen: Wo ist ein Vorteil, den jemand für sich herausholt, der illegitim ist, und wo ist es das ganz normale Ausüben eines bürgerlichen Berufs, den man vielleicht vorher auch schon ausgeübt hat? In diesem Spannungsverhältnis stehen wir. Um jedoch die Glaubwürdigkeit der Politik und der Politiker zu erhöhen, ist es der richtige Weg, den man gehen muss. Man kann sich vielleicht noch über Kleinigkeiten unterhalten. Dass ein Gesetz, das vom Bundeskabinett beschlossen worden ist, bei dem CSU, SPD und CDU dabei sind, das außerdem dem Gesetzgebungsverfahren zugeführt worden ist, nicht auf bayerischer Ebene hält, ist schon bemerkenswert. Das zeigt, wie die CSU ihre eigene Bundesregierung sieht. Da sollte man sich die Koalition einmal überlegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)